

Erhöhung der Beamten-Teuerungszulagen.

Wth. Berlin, 28. Febr. Die unter dem Vorsitz des Abg. Meyer-Sorford tagende interfraktionelle Konferenz des Reichstages für Beamtenfragen ist zu einem vorläufigen Abschluß ihrer grundsätzlichen Beratungen gelangt. Die Konferenz hat sich allgemein für eine erhebliche Erhöhung der laufenden Teuerungszulagen erklärt. Die Vertreter der verbündeten Regierungen haben sich grundsätzlich ebenfalls für eine allgemeine Erhöhung ausgesprochen. Hinsichtlich des Maßes der Erhöhungen sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen.

Gerichte über W. L. B.

Wth. Berlin, 28. Febr. Die von verschiedenen ausländischen Zeitungen wiedergegebene Meldung, daß Wolffs Telegraphen-Büro in das Eigentum der Firma Friedrich Krupp A.-G. übergegangen sei, entbehrt jeder Begründung und ist vollständig frei erfunden.

Kleine Nachrichten.

Wth. Kopenhagen, 26. Febr. Die gestrige Kopenhagener findet in der hiesigen Presse eine außerordentlich günstige Aufnahme. Nationalistische Kreise führen aus: Hertling machte eine Reihe von Bemerkungen zu den von Wilson aufgestellten vier Grundsätzen. Diese Bemerkungen zeigen deutlich, daß nicht ein preussischer Staatsmann vom Typ Bismarck zur Zeit Reichskanzler sei, sondern ein sich deutscher und katholischer Philosophie. Über Einzelheiten der Rede kann selbstverständlich diskutiert werden, aber in der Hauptsache ist sie eine Friedensrede. „Erstklassigkeit“ schreibt u. a.: Nun muß selbst ein Blinder sehen, daß Deutschland gesiegt hat. Kann jemand die Tatsache ableugnen, daß Deutschland unbesiegt ist, und sollte man nicht glauben, daß selbst ein Clemenceau oder Lloyd George bald dafür Verständnis bekommen wird, daß es nicht nur ein Wahnsinn, sondern auch ein Verbrechen gegen die ganze Menschheit ist, die Menschenherrschaft nach den alten, abschreckenden Methoden fortzuführen. In Anbetracht dessen kann man mit einem gewissen Recht in der letzten Rede des Reichskanzlers einen Hoffnungsstrahl erblicken.

Genf, 28. Febr. (Sonderdepesche.) Die französische Regierung läßt den Regierungen der neutralen Staaten eine Denkschrift zu gehen über eine Anzahl von den deutschen Truppen in dem geräumten Gebiet angeblich festgestellten Grabschändungen und Diebstählen auf Friedhöfen.

Berlin, 28. Febr. (Sonderdepesche.) Im Verkehr zwischen den norddeutschen Bahnen und den Privatbahnen einerseits, und den sächsischen, bayerischen und süddeutschen Bahnen andererseits werden nach einer der Handelskammer Berlin vorliegenden Mitteilung zum 1. Mai d. J. die bisherigen Ausnahmetarife aufgehoben und neue ausgegeben. Die Grachsätze enthalten die Verkehrsabgaben und den neuen Kriegszuschlag.

Wth. Stockholm, 28. Febr. In Teheran hat sich ein neues Kabinett unter dem Vorsitz des nationalen Politikers Mostafä el Mamek gebildet. Dies Kabinett löst das Kabinett von Ebnale ab, dem man reaktionäre Bestrebungen und große Nachgiebigkeit gegen England vorwarf.

Wien, 28. Febr. (Sonderdepesche.) Der Kaiser hat sich gegen die Zuteilung des Budgetprovisoriums mit dem Hinweis ausgesprochen, daß die Bewilligung des Budgets nicht der Regierung, sondern der Arme gelte. Das Herrenhaus hält morgen eine Plenarsitzung ab. Eine von der Verfassungskommission vorgelegte Entschließung enthält eine Rundgebung für das Bündnis mit Deutschland und ein Vertrauensvotum für den Grafen Czernin.

Wth. Rotterdam, 26. Febr. Dem „Nieuwe Rotterdamischen Courant“ zufolge teilte Chiozza Monchi im Unterhaus mit, daß im letzten Jahre in England 200 Handelschiffe mit 1600 Tonnen und darüber mit einer Gesamttonnage von 1 076 958 Tonnen fertiggestellt wurden. Der Nettoverlust an englischen Schiffen von 1600 Tonnen und darüber habe 598 Schiffe betragen; das bedeute einen Verlust von 20 Prozent des britischen Schiffbaus, der im Jahre 1916 zur Verfügung stand. Von den zur Einfuhr nach England bestimmten Ladungen seien nur 2 Proz. verloren gegangen. In den letzten drei Monaten seien im November 22 Schiffe mit zusammen 180 375 Brt.-Tonnen, im Dezember 21 Schiffe mit 115 752 Brt.-Tonnen, im Januar 11 Schiffe mit 55 590 Brt.-Tonnen in Dienst gestellt worden. „Times“ bemerkt hierzu, daß in den drei Monaten zusammen 147 Schiffe mit über 1600 Tonnen den Dienst fortsetzen.

Deutscher Reichstag.

Der dritte Tag der Staatsberatung.

Sitzung vom 27. Februar.

Die am dritten Tage der Staatsberatung gehaltenen Reden waren zu Anfang meistens in feiner A. nicht auf.

Der tolle Häßberg.

Original-Roman von H. Courths-Walder.

Gefühlige Formel für den Schutz des Verfassers in allen Staaten: Copyright 1915 by Greiner & Comp., Berlin W. 33.

(Nachher zu verstehen.)

17) „Dann schädest Du sie sehr gering ein.“

Londern fuhr auf.

„Ich? Von mir ist doch nicht die Rede.“

Ich denke doch, daß Du zu ihren Werbern gehörst.“

Londern wehrte etwas ab.

„Bei mir ist das etwas anderes. Sie weiß, daß ich ihr Geld entbehren kann und nicht danach lebe. Aber die anderen alle — na — und Du? Für Dich kommt sie doch als Persönlichkeit gar nicht in Betracht.“

„Siehst Du, ich bin doch nur die reiche Partie — die reiche in dieser Stadt.“

Ein unbehagliches Lächeln spielte um Häßbergs Mund.

„Meinst Du? Nun, ich ziehe es vor, Dir darauf die Antwort schuldig zu bleiben. Jedenfalls weißt Du nun, daß ich die Absicht habe, mich um die junge De zu bewerben. Du sollst mir nicht nachsagen können, ich sei hinterhältig gewesen.“

Die beiden jungen Männer sahen sich eine Weile schief an, als wollten sie sich bis ins Letzte durchsetzen.

In Londers Augen glühte der Haß.

„Was Du nicht lassen kannst“, sagte er mit Stimm.

„Griff nach seiner Wäse.“

„Lebe wir im Klaren. Nun will ich Dich nicht länger stören.“

„Nun, ich ziehe es vor, Dir darauf die Antwort schuldig zu bleiben.“

„Aber er für ihn dürfte es nicht zu einem Bruch kommen.“

Häßberg nickte, daß eine öffentliche Feindschaft auch maßregeln notwendig würde. Die Hauptabsicht war, sich nicht zu bekämpfen und unverzüglich zu gehen.

Als Häßberg ihn als Bewerber für das Amt eines vöglings ein Gewebe abgab, wollte, so Londern

regend, am allerwenigsten die nicht große, aber lange Rede des Führers der Unabhängigen, des Abg. Haase. Fast alle weiteren Reden waren deutlich nach innen- und außenpolitischen Gesichtspunkten geformt, und überall zeigte sich das Zusammenhalten der Mehrheit. Ueber den Offrieden ließen sich natürlich fast alle Redner aus dem Hause aus.

Der Volksparteiler Dr. Witzke stellte sich ausdrücklich auf die Seite der Regierung, die nach seiner Überzeugung keine Eroberungspläne verfolgt. Mit der Heubrandtischen Formel, daß Belgien militärisch und wirtschaftlich in unserer Hand bleiben müsse, sei der Friede einfach nicht zu machen. Dann wandte sich der Redner gegen die Vaterlandspartei und den konfessionellen Entschlußsturm wider den Vizekanzler. Die Wahlreform in Preußen sei längst fällig, der Streik das denkbar ungeeignete Mittel zur Verbesserung der besagten Zustände gewesen.

Der nationalliberale Abg. Dr. Stresemann ging noch ausführlicher auf die Fragen der auswärtigen Politik ein. Er betonte die Notwendigkeit der deutschen Hilfe für die Balken und billigte auch die belgische Formel des Kanzlers, innerhalb deren die Wahrung der deutschen Interessen durchaus möglich sei. Rumänien gegenüber verlangte er, ähnlich wie tags zuvor Herr v. Heubrandt, eine Kriegsentfaltung, die ja nicht in der, wohl aber in wirtschaftlichen Vorteilen besteht werden könnte.

In ausgedehnten Gegenfragen zu dem Abg. Stresemann sah der Abg. Haase in dem Ultimatum an Rußland den vollen Sieg der Eroberungspolitik. Graf Hertling sei ja nur das Anhängsel der in Wahrheit von Außenpolitik geleiteten Regierung. Trots Politik findet Herr Haase ehrlich, die deutsche nicht. Die Mehrheit habe ihre Machtlosigkeit gezeigt, sie sei mit dem Kanzler umgefallen, und an dem Blutbergießen beim Streik sei allein die Regierung schuld gewesen.

Die Deutsche Fraktion hatte als Redner den Abg. Bruhn (Antisemit) vorgeführt, der Maßnahmen gegen eine Judenrede in den Ostprovinzen forderte.

Der Abg. Erbacher verteidigte die Friedensresolution des Reichstages, mit der sich der Offriede durch aus vereinbaren lasse. Diese Entschließung habe den Friedenswillen auch bei unsern Feinden wachrufen lassen, ohne sie wäre ein allgemeiner Friede niemals denkbar gewesen. Herrn Haases Klagen, so stelle er auseinander, wären nicht einmal berechtigt gewesen, wenn wir nach den Erfahrungen von West-Balkan und Ost-Balkan, Unterbalkan, sowie jeden Friedensschluß mit der bolschewistischen Regierung überhaupt abgelehnt hätten. Ebenso schärf aber wandte er sich gegen die Heubrandtschen Forderungen, auf deren Grundlage überhaupt kein Friede zu schließen sei und dessen belgisches Programm Europa dauernd in Unruhe und Brand halten würde. Innerhalb dieses findet er es ferner, warum man nicht auf die Forderungen des litauischen Landrats eingegangen sei. Mit der Abwehr gegen die Heubrandtsche Politik und gegen die bekanntlich vielfach gegen den Redner selbst gerichteten Vorwürfe verband er eine ganz außerordentlich scharfe, in der Form ungewöhnlich eindringliche, man darf vielleicht sogar sagen: vernichtende Anklage gegen die Vaterlandspartei und ihre Hintermänner, gegen den Verleumdungsgeist, der von dieser Seite gegen die Reichstagsmehrheit eingeschleitet wurde, und vor allen Dingen gegen die unaufrichtige Kriegskorruption, die von ihr und den hinter ihr stehenden Kriegsfürsprechern durch Rekrutensammlungen, Rekrutenverträge usw. bewirkt wird. Der Redner habe bezeichnet, wie sehr diese Politik erreicht, als er, Erbacher, im Ausbruch die Bekämpfung der unerschöpflichen Millionen-gewinne beabsichtigt habe. Mit diesem Schwindel gegenüber habe in der Tat Haases Rede wie ein reinigendes Gewitter geteilt.

Die Erregung im Hause erreichte bei diesem Teile der Erbacherischen Rede zum erstenmal am Tage einen Höhepunkt.

Eine besonders wichtige Episode der heutigen Sitzung war daneben eine Erklärung des Staatssekretärs Dr. Colff, der auf die Rede des Generals Emms und die darin niedergelegten kolonialen Ziele der Entente antwortete. Die deutsche Regierung und das deutsche Volk erwarteten einmütig die Wiedergabe unserer Kolonien, die für uns eine Lebens-, nicht eine Zukunftsfrage seien. Wie Lloyd George das Deutsche Reich als Kontinentalmacht, wie Carlson uns als Industriemacht, so wolle Emms uns als Kolonialmacht vernichten, angeblich zur Sicherung des britischen Imperiums, eine Begründung, die der Staatssekretär eingehend widerlegte. Colffs Kolonialprogramm lautet kurz zusammengefaßt: Keine Militarisierung in Afrika, aber gleiches Recht und gleiche Pflichten für alle Kolonialstaaten.

Aus all den Betrachtungen über die innere Politik — die Reichsfinanzen wurden durchweg nur nebenher gestreift — aus all der Kritik am Ausland auf der einen Seite und an den Erzeugen der Vaterlandspartei und des Samstages auf der anderen Seite ragte schließlich die bedeutsame Erklärung hervor, die der Abg. Stresemann namens der nationalliberalen Reichstagsfraktion zur breiten Wahlrechtsfrage abgab.

„Was wird denn aber Frau Melanie von Hausen sagen, wenn Du als Bewerber um Fräulein Baldus auftrittst?“

Häßberg zog die Stirn zusammen, und um seinen Mund zuckte es leicht. Dann sagte er mit einem überlegenen Achselzucken:

„Frau von Hausen gestehe ich keinerlei Berechtigung zu, bestimmend auf meine Entschlüsse einzuwirken.“

„Sie wird sich aber vielleicht ein Recht dazu nehmen. Ihr Interesse für Dich ist nicht erloschen. Sie hat eifrig nach Deiner Adresse geforscht und als sie hörte, Du seiest zurückgekehrt, war sie sehr erregt.“

Häßberg wurde nachdenklich. Schon glaubte Londern, ihn bei einer schwachen Stelle gepackt zu haben. Er trat rasch zu ihm und sagte ihm ein Wort.

„Wenn Du auf den Rat eines Freundes hören willst, Hans, so hüte Dich, Frau Melanie zu reizen. Sie ist eine temperamentvolle, unbedenkliche Frau. Ich glaube, sie ist zu allen fähig, wenn sie erfährt, daß Du Dich um eine andere bewirbst.“

„Ich danke Dir für diesen Freundesrat. Aber Sorge Dich nicht. Was ich mir eingebrocht habe, löse ich auch selbst aus. Mit Frau von Hausen werde ich ohne Deine Hilfe fertig werden.“

„Du willst sie also nicht heiraten? Sie ist Dir wohl nicht reich genug?“

Häßberg sah ihn fast verächtlich an.

„Nein — sie ist mir nicht reich genug!“ sagte er mit grimmigem Hohn. „Und nun — lebe wohl.“

„Lebe wohl — wir sehen uns wohl bald wieder“, versetzte Londern.

„Warum nicht? Wenn Du Lust hast, mich wiederzusehen — ich habe meine alte Wohnung in der Weststraße wieder bezogen. Außerdem sitzen wir fast jeden Abend bei Grunow, das weißt Du ja.“

„Gewiß. Auf Wiedersehen also!“

„Auf Wiedersehen!“

Häßberg zog die Tür laut hinter sich zu.

Londern stand mit geballten Fäusten und verzerrtem Gesicht und starrte die Tür wie einen Feind an.

„Du sollst sie dennoch nicht erlangen — Du nicht — ich werde kein Mittel scheuen, Regina vor Dir zu bewahren.“

Auch Stresemann weist auf die engen Zusammenhänge hin zwischen Reichs- und preussischer Politik und führt des Weiteren das Nachweis, daß eine Verweigerung des gleichen Wahlrechts in Preußen ohne schwere Kräfte nicht möglich sein werde, und erklärte zum Schluß kategorisch, die nationalliberale Reichstagsfraktion werde einstimmig auf dem Standpunkte, daß im Reichsinteresse die Durchführung des gleichen Wahlrechts in Preußen dringend erwünscht sei. Sie sei überzeugt, sich damit in Übereinstimmung der weit überwiegenden Mehrheit ihrer Wähler im Reich und in Preußen zu befinden, und sie hoffe, daß die Regierungsvorlage, die ja die Möglichkeit mancher Einrichtungen in sich schließe, mit einer, wenn auch nur kleinen Mehrheit, angenommen werde.

Nicht minder deutlich und nicht minder zuversichtlich hatte sich übrigens auch der Abg. Erbacher für die preussische Wahlrechtsvorlage und ihr Zustandekommen ausgesprochen, gerade im Interesse der deutschen Einheit, als deren Vorläufer die Reichstagsmehrheit in diesen Tagen einen hoch erfreulichen Triumph erringen hat.

Um 6½ Uhr vertagte sich das Haus auf Donnerstag, 11 Uhr.

Wth. Berlin, 27. Febr. Der Vizekanzler des Reichstages hielt heute vormittag eine Besprechung über die Geschäftsverteilung ab und einigte sich dahin, am Sonnabend, den 2. März, soll die Vollversammlung bis zum 12. März vertagen, damit der Hauptausschuß und etwaige kleinere Ausschüsse Zeit hätten, die Beratung des Reichshaushalts und kleinerer Vorlagen zu fördern. Die Osterpause ist für die Zeit vom 23. März bis zum 9. April vorgesehen.

Der Offriede.

Der von Lenin und Trotski unterzeichnete, im Namen des ausführenden Hauptausschusses und des Rates der Volksbeauftragten an die deutsche, die österreichisch-ungarische, die bulgarische und die türkische Regierung abgesandte Funkpruch besagt, daß der Rat der Volksbeauftragten die von der deutschen Regierung gestellten Friedensbedingungen annimmt und eine Abordnung zur Unterzeichnung des Friedens nach West-Balkan sendet. Aus dieser Fassung wäre nun eigentlich die Schlussfolgerung zu ziehen, daß der Friedensschluß mit dem maximalistischen Rußland schon perfekt ist und nur noch der Unterzeichnung bedarf. Die Erklärungen des deutschen Reichskanzlers im Reichstage lassen aber erkennen, daß diese Auffassung nicht zutrifft, denn er versichert, daß zwar unsere Friedensbedingungen angenommen sind, bezeichnet es aber als möglich, daß über Einzelheiten noch gestritten wird.

Angesichts der bisherigen Taktik des „Volksbeauftragten für auswärtige Angelegenheiten“, des Herrn Trotski alias Brunslein, wird man sich also darauf gefaßt machen müssen, daß er bei der jetzt beginnenden Neuauflage der Verhandlungen in West-Balkan herauszuschlagen suchen wird, was noch herauszuschlagen ist, und es nicht an Bemühungen fehlen lassen dürfte, unseren Unterbalkan Schwierigkeiten zu bereiten. In dieser Auffassung muß die Tatsache bestärken, die von der Petersburger Telegraphen-Agentur berichtet wird, daß in der Sitzung des ausführenden Hauptausschusses, welche sich zur Annahme der „Friedensbedingungen“ von West-Balkan, die aber durch die letzten Forderungen von Brunslein ergänzt waren, enthielt, die erhebliche Minderheit von 85 den 126 Stimmen gegenüberstand, die sich dafür erklärten, während 26 Mitglieder sich der Stimme enthalten und 2 an der Abstimmung nicht teilnahmen. Es geht daraus hervor, daß unter den Maximalisten immerhin eine Kriegspartei oder richtiger ausgedrückt Nichtfriedenspartei vorhanden ist.

Weiter kommt hinzu, daß die maximalistische Herrschaft noch immer nicht nur durch die Sozialrevolutionäre, sondern neuerdings auch durch eine wiederkehrende starke monarchistische Gegenbewegung bedroht ist. Endlich hat zwar der derzeitige Oberkommandierende der maximalistischen Armee, Gaidich a. D. General Krenkow, wie aus dem Haag gemeldet wird, an den Generalstab der britischen Armee ein Gesuch um Erneuerung des Waffenstillstandes gerichtet, aber andererseits berichten russische Offiziere, daß an Stelle Krenkows jetzt Moma Bruchez zum Generalissimus ernannt worden sei, um den Krieg aufs äußerste zu proklamieren, und daß die maximalistische Regierung das neue „Friedensschreiben“ nur benutzen wolle, um den deutschen Vormarsch zu verzögern und die Wülfung der roten Garde-Armee zu ermöglichen.

Nun, diese Pflicht dürfte sich jedenfalls als ein Versuch mit unzulänglichen Mitteln erweisen; denn unser beispiellos erfolgreicher Vormarsch im Osten wird weder durch die schwächlichen Widerstandsversuche der Russen noch durch die Friedensverhandlungen in West-Balkan aufgehalten werden, so merklich auch die Erscheinung ist, daß wir den Gegner, mit dem wir uns zu schiedlich-friedlichen Verhandlungen zusammenfinden, fürs erste noch vor uns herreiben. Wir sind aber der Überzeugung, daß dies sehr zur Befriedigung der Bevölkerung beitragen wird, denn mit dem Japan und Rußland.

anu Hojaz und Hysenz zum unuz Hysenz zum unuz unter Ausübung eines sehr starken Druckes werden.

Im übrigen enthalten ja die Friedensbedingungen, wie den Maximalisten in Form eines Ultimatus haben, nicht nur die Anerkennung unseres Friedens mit Ukraine, sowie den Verzicht auf jede fernere Beeinflussung der Geschicke der Ukraine, Polens, Litauens und Letlands, sondern auch die Räumung Litauens und Estlands von maximalistischen Mordbrennern. Es liegt also in der Natur der Sache, daß unser Vormarsch erst dann ein werden wird, wenn dieses Ziel erreicht ist. Was weiter, unsere Zukunftsziele im Osten, betrifft, so werden durch die Verwirklichung unserer Friedensbedingungen und die weitere Entwicklung in der Entwicklung zum Anschlag dieser Länder an das Reich in irgend einer Form führen wird. Aus der Teilung der „Sächsischen Staatszeitung“ geht zu herzu, die Kandidatur eines sächsischen Prinzen (wohl des 24. alten Prinzen Friedrich Christian, der zur Zeit an der Front in Rumänien steht) für ein litauisches Fürstentum erwogen wird, und was Rußland anbetrifft, so spricht die Wahrscheinlichkeit dafür, daß man auf den Plan zurückkommen wird, wonach der König von Persien in Persienunion Herzog von Rußland werden soll. Was Litauen und Estland betrifft, so geht der hier dahin, selbständige Pufferstaaten zu schaffen, die Orientierung naturgemäß eine westliche sein wird, wie Finnland sich zu einem solchen Pufferstaat Gravitation nach Schweden hin entwickeln dürfte. Dunkelsten Punkt in dem Offriedenprogramm aber ist noch wie vor das polnische Problem, an dessen baldiger Lösung und Lösung die Polen freilich weit mehr interessiert sind als wir, da sie mit jedem weiteren Friedensschritt Osten mehr auf den Isolierungselm geraten.

Der neue Herr von Mecklenburg-Strelitz.

Wth. Neustrelitz, 28. Febr. Eine Sonderausgabe der „Neustrelitzer Zeitung“ veröffentlicht eine Proklamation des Großherzogs Friedrich Franz, in der es heißt:

In Anbetrung der jetzt eröffneten Regierungsfolge habe ich verschiedene Aufgaben noch weiterer Sicherung und Abklärung. Das Wohl des Landes gestattet jedoch keine Unterbrechung der Regierungstätigkeit. Aufgrund der Hangeschichte der Verträge haben wir deshalb als nächster Akt die Regierungsgewalt des Großherzogtums übernommen. An dem wir uns gnädig zu erkennen geben, versehen wir uns usw.

Unter einem Baugerüst begraben.

Wth. Gunglitz, 28. Febr. (Neuler.) Während der hiesigen Veranstaltung des Jochenflusses stürzte ein Baugerüst auf dem hundert von Zuschauern besetzten. 100 Franken und Kinder wurden getötet. Zudem brach ein Feuer aus, dem auch noch hunderte zum Opfer fielen.

Wth. Junsbrud, 27. Febr. (Wiener T. und F. Son. Büro.) Heute nacht fanden drei oder vier Fliegerangriffe auf Vozen statt. Es wurden 15 Bomben abgeworfen, in denen eine im Quartier traf, das von Kriegsgefangenen bewohnt ist. Acht Kriegsgefangene wurden getötet, 20 verwundet.

Wth. Madrid, 28. Febr. Die Unabhängigkeit Spaniens ist von der spanischen Regierung anerkannt worden.

Die Lage in Petersburg. Wth. Stockholm, 27. Febr. Der allerneueste Erlaß stellt die Räumung Petersburgs von den Garnisonen voraus. Mit Ausnahme einer geringen Zahl von Truppen, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung in der Stadt behalten werden, sollen alle Regimenter nach der Front aus. Diese Maßnahme mußte, wie der Korrespondent der „A. T.“ schreibt, 1. wegen der sich verbreitenden Krankheiten wie Typhus und 2. wegen der Mangelhaftigkeit getroffen werden. Auch die Lebensmittellage wird hierbei eine große Rolle gespielt haben. Einige Regimenter weigern sich, Petersburg zu verlassen.

Die Lage in Bellingfors. Wth. Basel, 27. Febr. „Times“ meldet aus Stockholm, die revolutionären russischen Truppen treffen Vorbereitungen, Bellingfors zu verlassen. Da bisherige russische Oberkommando in Wiborg wurde aufgehoben.

Russisch-japanische Freundschaft. Wth. Basel, 27. Febr. Wie aus Stockholm berichtet wird, meldet die Petersburger Wramba, daß der japanische Botschafter vor seiner Abreise aus Petersburg eine Besprechung mit dem Vizekonsul des Rates der Volksbeauftragten gehabt habe. Der japanische Botschafter habe das vollständige Desinteressement Japans an dem inneren Ausbau und der Grenzgestaltung erklärt, und weiter mitgeteilt, er hoffe auch über die politischen Fragen auf eine freundschaftliche Erleuchtung zwischen Japan und Rußland.

„Er erzählte mir, er habe eine kleine Erbschaft gemacht. Ich sagte ihm, es habe keine Gile mit dem Burschzählen, aber er meinte, er könne das Geld entbehren. Da er bald eine reiche Heirat zu machen gedenke. Kurz und bündig teilte er mit, daß er die Absicht habe, sich um Fräulein Regina Baldus zu bewerben.“

Regina zuckte zusammen, eine flammende Rote schob ihr ins Gesicht.

„Das hat er gesagt?“ fragte sie tonlos.

„Na, da hört aber alles auf!“ rief Frau Ruthart entrüstet.

Londern wandte sich Regina zu.

„Ja, mein gnädiges Fräulein, das hat er gesagt — klipp und klar, ohne jede Verhüllung. Ich sagte ihm ins Gesicht, daß Ihre Persönlichkeit dabei nicht in Betracht käme, daß es nur auf Ihren Reichtum abgesehen sei.“

Darauf erwiderte er ironisch, er werde mir hierauf die Antwort schuldig bleiben. Ich erinnerte ihn nun an Frau von Hausen. Es ist ja offenes Geheimnis, daß zwischen ihr und Häßberg Beziehungen bestehen. Aber er versteht sich mit Frau von Hausen werde er schon fertig werden. Sie sei ihm nicht reich genug. Und er blieb dabei, daß er sich um Sie, mein gnädiges Fräulein, bewerben wolle.

„Das ist aber doch kar!“ entrüstete sich Tante Theres. „Londern nicht heftig mit dem Kopf.“

„Es ist empörend! Ich war außer mir, daß Häßberg es überhaupt wagte, seine Augen zu Ihnen zu erheben. Und obwohl ich eine Indistinktion begehen will, drängt es mich doch, sofort zu Ihnen zu fahren und Sie zu warnen. Sie stehen mir zu hoch, als daß ich davor wäre, daß man Sie zum Gegenstand niedriger Spekulation herabzieht.“

Sie werden mich verstehen und meine Warnung beherzigen. Sie werden mich verstehen und meine Warnung beherzigen. Sie werden mich verstehen und meine Warnung beherzigen. Sie werden mich verstehen und meine Warnung beherzigen.

mein gnädiges Fräulein, nicht wahr? Regina hatte reglos, mit blauen Gesicht, die empörte sich — aber sonderbarerweise galt diese Empörung nicht Häßberg, sondern Londern. Sie hatte das bestimmte Gefühl, als habe Londern ihr nur in selbstthätiger Weise diese Erklärung gemacht.

„Ich habe mich für Sie entschieden, lieber Herr von Londern. Wie kam es denn, daß Herr von Häßberg Ihnen das Geld zurückgab?“ fragte Frau Ruthart interessiert.

(Fortsetzung folgt.)